

Bürgermeisterin Marion Dirks: Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2011 in den Rat am 27. Januar 2011

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, verehrte Gäste,

Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Nur wer frei ist und auch anders agieren könnte, kann verantwortlich handeln.

Diese Freiheit brauchen auch die Kommunen, die als Keimzellen unseres Staates einen Großteil der Verantwortung tragen. Bürgerinnen und Bürger sind die Kommunen und die Kommunen sind der Staat. Dazu brauchen die Kommunen eine Finanzausstattung, die ihren Namen auch verdient. Sie benötigen die nötigen Mittel, um die ihnen übertragenen Aufgaben angemessen zu erledigen.

Doch was passiert? Nachdem bereits im Ruhrgebiet viele Städte ihre Freiheit verloren haben, weil sie hoch verschuldet sind, sollen nun auch die Kommunen im Münsterland auf dieses hohe Gut verzichten und das auch noch mit einem Federstrich ohne vorherige Beteiligung der Betroffenen. So will es zumindest die Landesregierung und erreicht dies, wenn die 1. Modellrechnung zum Gemeindefinanzausgleich Gesetz wird. Wer dies als gerecht empfindet, hat nicht verstanden, worauf es ankommt im Land. Natürlich ist anzuerkennen, dass Kommunen, denen es besser geht, denen zur Seite stehen, die höhere Lasten zu tragen haben.

Doch vorher ist genau zu definieren, wer welche Lasten trägt und warum und ob er nicht die eine oder andere Last abgeben könnte.

Da reicht es nicht, die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als Indikator für den Soziallastenansatz, ein wichtiger Punkt im Finanzausgleich, anzusetzen und diese Zahl auch noch mit der Zuwendung von Zuweisungen um das Neunfache zu kompensieren. Merke: Wer viele Bedarfsgemeinschaften vorweisen kann, bekommt mehr Geld, sehr viel mehr Geld. Nicht gerade ein Anreiz, alles zu tun, um die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zu reduzieren.

Auch der Zentralitätsansatz ist kritisch zu hinterfragen. In unserer Region sind die Aufgaben klar verteilt. Das Oberzentrum Münster übernimmt für die umgebende Region wichtige Aufgaben und stellt Infrastruktur zur Verfügung. Doch wie sieht das aus in Bochum, Dortmund, Duisburg oder Essen. Wer übernimmt da Funktionen für wen, wenn immer noch jede Stadt Konzertsäle, Museen und Theater hat? Funktionen etwa für uns, die ländliche Region? Wollen wir das überhaupt, dass unsere Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten abwandern und ihr Geld in Zentren ausgeben, die mit erheblichen Mitteln aus unterschiedlichen Fördertöpfen entstanden sind, während bei uns die Innenstädte Probleme haben?

Und was ist mit unseren Lasten? Eine ländliche Region mit langen Wegen und großen Flächen, die eine adäquate Infrastruktur für weniger Menschen zur Verfügung stellen muss. Sind die etwa berücksichtigt im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes? Ein klares Nein.

Daher kann und darf dieser Entwurf nicht so stehen bleiben. Alle Möglichkeiten, die Landesregierung davon zu überzeugen, dass sie mit ihrer Vorgehensweise die bisher trotz aller Bedenken bestehende Solidarität unter den Städten und Gemeinden im Land gefährdet. Mit Resolutionen, mit Gesprächen, mit Demonstrationen und dann auch mit einer Klage. Denn hier geht es um unsere Freiheit und unsere Verantwortung.

Nach dieser Vorrede nun zum Haushalt 2011 der Stadt Billerbeck. Wir haben bereits in 2010 kritisch die Aufgabenerledigung hinterfragt, rund 300.000 Euro an Sachausgaben gekürzt und die Steuersätze erhöht. In sachlicher und verantwortungsvoller Weise hat sich der Rat mit der Situation auseinandergesetzt und alles getan, um den drohenden Fehlbedarf 2011 zu reduzieren. Es wäre uns gelungen, in absehbarer Zeit wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können, wenn die Grunddaten bei der Gemeindefinanzierung nicht geändert worden wären. Dann am Tag vor Heiligabend die Hiobsbotschaft: 1,4 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen als verplant. Wenn man dies ins Verhältnis setzt zu den 450.000 Euro an Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen und 300.000 Euro Verbesserung durch Einsparungen, dann kommt das Gefühl der Ohnmacht auf. Alle Konsolidierungsbemühungen mit einer Mail aus Düsseldorf für die Katz. Fehlbedarf 2011: 1,95 Mio. Euro, Abrutschen in die Haushaltssicherung. So wie uns geht es vielen Kommunen, was aber kaum trösten kann.

Bei all der Misere die gute Nachricht: Unsere Gewerbesteuererinnahmen haben sich deutlich erhöht, sodass der ursprünglich für 2010 geplante Fehlbedarf nicht 2,66 Mio. Euro, sondern 1,0 Mio. Euro beträgt. Doch Vorsicht: Im Jahr 2012 trifft uns dann wieder unsere höhere Steuerkraft und wir erhalten noch weniger Schlüsselzuweisungen.

Die Reduzierung des Fehlbedarfes in 2010 verschafft uns ein wenig Luft für unseren Konsolidierungszeitraum. Da wir die Ausgleichsrücklage in geringerem Umfang in Anspruch nehmen müssen, beträgt der Zeitraum, für den wir ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen, die Jahre 2011 bis 2016.

Wir bringen den Haushalt heute ein, ohne gleichzeitig ein Haushaltssicherungskonzept bereits vorzulegen. Der Grund: Wir wissen nicht, ob das Zahlenwerk Bestand hat und kennen auch nicht die Höhe der Kreisumlage. Ich erwarte gemeinsam mit meinen Bürgermeisterkollegen, dass der Kreis sich mit seinen Kommunen solidarisch zeigt, selbst alle Einsparungspotentiale nutzt und alle Verbesserungen an die Gemeinden weitergibt. Den Überschuss aus der Jahresrechnung 2008 genauso wie die erhöhten Zuweisungen, die der Kreis erhält. Es darf keine Erhöhung des Umlagesatzes geben, sonst werden die gebeutelten Gemeinden noch einmal getroffen und dann kann auch dem Kreis nicht nützlich sein.

Wenn es dann um die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes geht und wir bis 2016 den Ausgleich darstellen sollen, stellt sich die Frage, wie dies erreicht werden kann.

Im Jahr 2011 fangen wir bereits an. In diesem Haushalt wird nur stehen können, was nicht aufschiebbar oder dessen Aufschiebung unwirtschaftlich ist. Daher ist er sehr

übersichtlich. Als einzige größere Investitionsmaßnahme ist der Ausbau der Massonneustraße, lange beschlossen und lange überfällig.

Für den Ausbau der innovativen Bürgerradwege auf der Beerlage stehen Zuschüsse in Aussicht. Wir müssen sehen, dass dieses Geld gemeinsam mit den Hand- und Spanndiensten der Anwohner im Wesentlichen ausreicht, um die Wege zu erstellen. Weitere Mittel für die abschließende Asphaltdecke können wir aus dem städtischen Haushalt nicht bereitstellen.

Dass wir angesichts der düsteren Nachrichten aus Düsseldorf uns auf weitere schwierige Jahre einstellen müssen, bedeutet, dass Zurückhaltung auch weiter geboten sein wird.

Auf der Ausgabenseite werden wir Standards auf den Prüfstand stellen müssen, sowohl die Sachausgaben als auch die Personalausgaben beleuchten. Gerade im Bereich der Personalausgaben ist ein interkommunaler Vergleich schwierig anzustellen, da die Aufgaben in jeder Kommune in unterschiedlicher Weise erledigt werden. Belastbare Vergleichszahlen anderer Kommunen gibt es kaum. Vorerst wird eine halbe Stelle im Bereich der Stadtreinigung gestrichen, die Aufgabe durch Vergabe geregelt. Eine weitere Stelle im Bauhof wird vorerst nicht besetzt. Ich erwarte von der angekündigten nächsten GPA-Prüfung, die anders aufgestellt und weiterentwickelt wurde, entsprechende Ergebnisse und Handlungshinweise. Darüberhinaus strebe ich eine Organisationsüberprüfung mit kritischer Überprüfung der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erledigenden Aufgaben an, um neue Informationen über die notwendige Stellenbemessung zu erlangen.

Im Bereich der Sachausgaben haben wir den Ansatz im Vergleich zu 2010 bereits um 300.000 Euro heruntergefahren. Weitere Potentiale werden geprüft, werden sich aber nur im marginalen Bereich ergeben können.

Wir haben zwei Ausgleichsstock und zwei Haushaltssicherungsperioden, in denen wir bereits strenge Maßstäbe zu befolgen hatten, hinter uns. Wir sind ausgepresst wie eine Zitrone, können eventuell noch einen letzten Tropfen liefern, das war's.

Soweit zur Ausgabenseite: Die Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben bindet einen Großteil unserer Ressourcen, unsere sog. Transferaufwendungen einschließlich Kreisumlage, Krankenhausumlage, Gewerbesteuerumlage und die Sozialaufwendungen sind durch uns kaum steuerbar. Selbst wenn wir auf alle Aufgaben, die dem Gesetz nach noch freiwillig, gesellschaftspolitisch aber zwingend erforderlich verzichten würden, könnten wir unseren Haushalt nicht ausgleichen.

Auf der Einnahmenseite bleiben uns nur der Blick nach Düsseldorf und der Hinweis auf die gemeindeeigenen Steuern. Ich bin davon überzeugt, dass die Landesregierung sich mit unseren Sorgen ernsthaft beschäftigen wird. Sollten die Zuweisungen allerdings nicht ausreichen, um die in Billerbeck anfallenden Arbeiten zu erledigen, können weitere Steuererhöhungen in den nächsten Jahren nicht ausgeschlossen werden, wenn die Stadt nicht unter das Nothaushaltsrecht fallen und damit ihre komplette Selbstständigkeit aufgeben will.

Schulen und Jugend

Einig sind wir uns im Rat, dass wir weiterhin in Bildung investieren müssen. Die neue „Schule für Alle“, aber auch die bestehende Geschwister-Eichenwald-Realschule und die Don-Bosco-Gemeinschaftshauptschule und die Ludgeri-Grundschule, sollen ab dem neuen Schuljahr Schulsozialarbeiter als Ansprechpartner haben. Die entsprechenden Kosten und die Stellen sind im Haushalt 2011 veranschlagt, um deutlich zu machen, dass wir dies für unerlässlich halten. Über die genaue Organisationsform wird der Rat in Kürze zu entscheiden haben. Wir werden allerdings nicht vorschlagen, die Stellen im Stellenplan der Stadt zu schaffen, sondern streben die Beauftragung eines freien Trägers mit der Einrichtung und dem Betrieb einer „Fachstelle für Schulsozialarbeit“ an. Fachlichkeit, vernetztes Denken, gegenseitige schulübergreifende Unterstützung können so für eine bessere Effizienz und eine höhere Qualität sorgen.

Wir gehen fest davon aus, dass Schulsozialarbeit in der heutigen Zeit keine freiwillige Aufgabe ist, sondern eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Daher werden wir darum gemeinsam eintreten, dass diese Ausgabe nicht der Haushaltssicherung zum Opfer fällt.

Das trifft auch für die offene Jugendarbeit zu. Finanzmittel, die wir dort sparen würden, träfen uns mehrfach, wenn junge Leute den Weg ins Leben nicht gefunden haben, Hilfe bedürfen und keine Arbeit finden. Eine Aufgabe in den nächsten Jahren wird es sein, für das ToT-Jugendzentrum neue Räumlichkeiten zu finden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in der bestehenden kommunalen Infrastruktur durch den demografischen Wandel Kapazitäten frei werden.

Familien

Wichtig ist für mich mit Blick auf den zunehmenden interkommunalen Wettbewerb um Familien und qualifizierte Arbeitnehmer, dass die Familienpolitik ein zentrales Thema bleibt. Wer zukunftsfähig bleiben will, muss über Familienpolitik sprechen. Der Ausbau der U3-Betreuung soll in diesem Jahr weiter voranschreiten. Die Träger unserer Kindertageseinrichtungen in Billerbeck engagieren sich sehr für ein bedarfsgerechtes Angebot, das allerdings auch finanziert werden muss. Immer mehr jüngere Kinder besuchen die Einrichtungen. Weil die Eltern berufstätig sind oder weil es einfach Spaß macht, Kontakte mit anderen Kindern zu haben, die es oft in der eigenen Familie oder in der Nachbarschaft nicht mehr gibt.

Der Fachbereich Soziales unserer Stadtverwaltung ist auch mit dem Thema Familien betraut. Er betreut u.a. auch das Projekt „Informierte Eltern haben's leichter“. Ehrenamtliche Fachfrauen und Fachmänner gehen in jede Familie, in die ein Baby hineingeboren wird, bringen Elternbriefe und bieten Unterstützung an. Ein Angebot, das dankbar angenommen wird. Daher sollen in 2011 auch alle Informationen rund um die Familie in einem Ratgeber „Familie in Billerbeck“ erstellt werden, hoffentlich gelingt dies mit Hilfe von Sponsoren.

Durch die Gründung der Bürgerstiftung haben sich Bürgerinnen und Bürger dazu bekannt, für ihre Stadt eintreten zu wollen, auch finanziell. Das ist ein wichtiger Baustein für eine gute Entwicklung.

In der Stadtverwaltung wird sich in diesem und im nächsten Jahr eine Mitarbeiterin zur kommunalen Familienmanagerin weiterbilden und diese Aufgabe zusätzlich

übernehmen. Sie wird dann die u.a. auch im Lokalen Bündnis für Familie geknüpften Netze pflegen.

Andererseits muss überprüft werden, ob wir angesichts des Rückganges der Kinderzahlen und der zunehmenden Ganztagsbetreuung noch wirklich alle Spielplätze brauchen. Eine kritische Analyse der Nutzung soll ergeben, ob der eine oder andere Spielplatz aufgegeben und die Grundstücke verwertet werden können. Das darf kein Tabu-Thema sein.

Wirtschaft

Eine weitere Aufgabe für das Jahr 2011 wird es sein, endlich mit der Erschließung der Gewerbegebietserweiterung Hamern voran zu kommen. Angesichts einer boomenden Wirtschaft müssen wir hier endlich Flächen zur Verfügung stellen können.

Zum Thema Infrastruktur gehört das Thema Breitband. Ich werde vorschlagen, einen Masterplan Breitband erstellen zu lassen, an dessen Aussagen wir uns orientieren können. Wir können in Billerbeck auf eine vielfältige Wirtschaftsstruktur verweisen. Den heimischen Unternehmen geht es gut, das zeigen die steigenden Gewerbesteuererinnahmen. Ihnen müssen wir harte und weiche Infrastruktur zur Verfügung stellen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Stadtentwicklung

Der demografische Wandel trifft auch Billerbeck schneller als die Statistiker angenommen haben. Daher ist es richtig, die Stadtentwicklung ganz besonders in den Blick zu nehmen. In unserer LEADER-Region mit dem Leitthema Barrierefreiheit und unserem im letzten Jahr beschlossenen integrierten Handlungskonzept sind wir dabei gut aufgestellt. Auch die Wohnbauentwicklung ist dabei ein wichtiges Thema. Die Zeiten der Ausweisung neuer Wohngebiete sind vorbei, nun geht es darum, bestehende Quartiere weiterzuentwickeln, was der Rat sich ja bereits auf seine Agenda geschrieben hat.

Ehrenamt

In meiner Neujahrsrede hatte ich bereits herausgehoben, wie groß die gegenseitige Unterstützung in Billerbeck ist. Wir wissen auch alle, dass in Zeiten knapper Kasse das ehrenamtliche Engagement die Lücke füllt, die in unserer Stadt sonst deutlich sichtbar wäre. Wir verweisen in Billerbeck nach wie vor auf ein Angebot von hoher Qualität, getragen oft von engagierten nachhaltig aktiven Einrichtungen, Vereinen, Verbänden oder Gruppen. Das dürfen wir uns nicht verscherzen, in dem wir im Rahmen der Haushaltskonsolidierung möglicherweise Diskussionen anstoßen, die uns gemeinsam schaden.

Wir sollten schauen, ob sich die Bürgerinnen und Bürger noch mehr einbringen könnten. Wären z.B. neben den Grünflächenpatenschaften sogar Spielplatz- oder Wege-Patenschaften einer Nachbarschaft möglich, um hier Unterhaltungskosten zu sparen? Dagegen lehne ich nach wie vor die Einführung von Benutzungsgebühren für Vereine ab. Nicht-gemeinnützige Nutzer zahlen bereits, sie könnten in Zukunft auch mehr zahlen. Doch die sportliche Betätigung der Menschen kostspieliger werden zu lassen, ist genau das falsche Signal. Einige Menschen können sich auch schon heute nicht den Vereinsbeitrag leisten, der dann unweigerlich erhöht werden

müsste. Unabhängig davon, dass ein solcher Finanzierungsbeitrag angesichts der Nachrichten aus Düsseldorf zu vernachlässigen wäre.

Wir befinden uns in einer finanzpolitisch schwierigen Zeit. Noch unbefriedigender ist die Tatsache, dass derzeit niemand weiß, wo es überhaupt langgeht, auf welche Zahlen wir uns verlassen können oder verlassen müssen. Daher kann ich heute nicht einschätzen, ob der gesetzte Termin zur Haushaltsverabschiedung am 1. März zu halten ist. Wir sollten uns aber bewusst sein, dass wir uns immer sparsam verhalten haben. Wir haben Konjunktur- und Investitionspakete genutzt, um unsere Schulen zu sanieren. Wir haben Familienpolitik und Stadtentwicklung immer im Blick. Die Finanzprobleme, die wir haben, sind nicht hausgemacht, sie sind deutlich vom Land verursacht. Wir werden versuchen, weitere Beiträge zu leisten, die allerdings nur klein sein können. Lösen muss dieses Problem die Landesregierung mit einer auskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen und einer von allen als gerecht empfundenen Verteilung.

Abschließend geht mein Dank an unseren Kämmerer Peter Melzner und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich Finanzen, aber auch an alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Aufstellung des Haushaltsplanes 2011 beteiligt waren, den ich mit Datum vom 21. Januar 2011 bestätigt habe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit